

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

20.12.1903 (No. 350)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 20. Dezember.

№ 350.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf., durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1903.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 4. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, den nachgenannten Angehörigen des Gendarmierkorps, und zwar

- den Wachtmeistern
Ludwig Schnabel in Boxberg,
Christof Heinrich Dutt in Stodach,
Jakob Friedrich Sattler in Säckingen,
Georg Friedrich Birmele in Redarbischofsheim,
sowie den Gendarmen
Ludwig Stern in Allensbach,
Christian Schrötel in Niesern,
Adam Hinninger in Möhringen,
Johann Guck in Griesen und
Max Münch in Kastatt

die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 11. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Faktor Stefan Eberle, technischen Leiter der Maschinenbuchdruckerei in Karlsruhe, das Verdienstkreuz vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 1. Dezember d. J. gnädigst gerührt, dem im Kolonialdienst beschäftigten Lehramtspraktikanten Dr. Karl Uhlig von Heidelberg, zurzeit in Dar-es-Salaam, den Titel „Professor“ zu verleihen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 18. Dezember d. J. wurde Postpraktikant Ludwig Garrsch aus Kempfen mit Wirkung vom 1. Januar l. J. ab in einer Sekretärstelle beim Postamt 1 in Mannheim etatmäßig angestellt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 14. Dezember d. J. wurde Amtsregistrator Hermann Bühler in Schopfheim zum Bezirksamt Müllheim versetzt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 14. Dezember d. J. wurde Amtsregistrator Alois Hartmann in Müllheim — unter Zurücknahme seiner Versetzung nach Wolfach — zum Bezirksamt Schopfheim versetzt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 14. Dezember d. J. wurde die Versetzung des Registrator Karl Böcker in Wolfach zum Großh. Bezirksamt Müllheim zurückgenommen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Zur Verfassungsrevision

Liegen jetzt weitere Kundgebungen aus dem Lager der Zentrums- und der demokratischen Partei vor, die wir zur Ergänzung unserer früher gebrachten Uebersicht im Auszuge wiedergeben. Der „Badische Beobachter“ druckt einen Artikel des „Badischen Volksboten“ ab, dem wir folgendes entnehmen:

Die Gesamtvorlage der Regierung, Verfassungsänderung betreffend, kann kaum Hoffnung auf Verständigung zwischen den vorkommenden Faktoren erwecken. Es kann der Regierung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie selber die Verständigung von vornherein äußerst erschwert hat. Sollte die Zweite Kammer zustimmen können, daß die Erste Kammer mehr als 10 neue Mitglieder bekommt, so muß ihr selber ein Zuwachs von mindestens 15 bis 20 Mitgliedern gewährleistet werden. Umgekehrt wichtiger ist eine andere Frage. Die Zweite Kammer hat große, bedeutungsvolle Vorrechte bezüglich der Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Ausgaben und Einnahmen im Staatshaushalt. In der Zweiten Kammer hat sich seit Jahren wiederholt Gelegenheit geboten, zur Frage einer etwaigen Aenderung dieses Negativverhältnisses der beiden Kammern Stellung zu nehmen. Dabei haben sich die Parteien aber niemals anders als in dem Sinne ausgesprochen, daß sie eine Erweiterung der Rechte der Ersten Kammer auf diesem Gebiete nicht zugeben könnten. So haben auch die Nationalliberalen sich erklärt und zwar schon in der Zeit, da sie noch gegen die Einführung des direkten Wahlverfahrens sich gewehrt haben. Wenn nun die Großh. Regierung gleichwohl einen dahin gehenden Vorschlag den Kammern unterbreitet, so kann sie in der Zweiten Kammer auf nichts anderes rechnen, als auf Ablehnung. . . . Eine dritte Hauptfrage ist die neue Wahlkreis-einteilung. Was hier von der Regierung vorgeschlagen wird, kann man nur mit größtem Entzinnen lesen. Es müßten verschiedene und bedeutendere Aenderungen vorgenommen werden, wenn der Ent-

wurf annehmbar erscheinen sollte. Er müßte von vornherein auf eine andere Unterlage gestellt werden. Es geht nicht wohl, daß die 13 größten Städte mit zusammen 503 334 Einwohnern 25 Abgeordnete erhalten und das übrige Land mit zusammen 1 364 610 Einwohnern nur 45. Es geht noch weniger, der Zweiten Kammer nur 7 Sitze mehr als bisher zu geben, der Ersten dagegen fast die doppelte Zahl. . . . Ob und inwiefern die Regierung behufs Abänderung ihrer Vorschläge mit sich reden lassen will, wird einzuweisen ihr Geheimnis sein. Außer den hier erörterten drei Hauptpunkten gibt es noch eine ganze Reihe anderer, bezüglich deren das von der Regierung vorgeschlagene erste Bedenken einzuweisen muß. Sie sind indessen nicht von der gleichen weittragenden Bedeutung, machen es also den Parteien nicht gleich schwer, der Erreichung des Hauptzieles wegen da und dort ein Zugeständnis zu machen.

Eine interessante Polemik hat sich zwischen dem „Badischen Landesboten“ und der „Frankfurter Zeitung“ entsponnen. Das badische demokratische Blatt hatte geschrieben:

Minister Schenkel hat sich als reaktionärer entpuppt, als es nach den ersten mündlichen Ankündigungen den Anschein hatte. Wir haben sofort, als wir in Nr. 290 des „Badischen Landesboten“ eine Gegenüberstellung der alten und neuen Bestimmungen brachten, unsere Bedenken dazu geäußert, sehen uns aber, da in einem Teil der badischen Presse die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“ zu dem Gesetzentwurf so unter der Hand und ganz sachlich bereits gegen die Deutsche Volkspartei in Baden ausgesprochen wird, zu der Erklärung veranlaßt, daß dem Gesetzentwurf in seiner derzeitigen Fassung seitens der Fraktion der Deutschen Volkspartei die ernstlichen Bedenken entgegenstehen. Die einseitige Verstärkung des Einflusses der Ersten Kammer wird durch die Einführung des direkten Wahlrechts noch lange nicht aufgehoben, um so weniger, als gleichzeitig mit der Einführung des direkten Wahlrechts eine Anzahl Personen, die zurzeit noch wahlberechtigt sind, ihr Wahlrecht verlieren, so daß eine Einschränkung der Zahl der Wahlberechtigten eintritt. Da kann man doch wirklich nicht von einer Demokratisierung des Wahlrechts sprechen. . . . Die in keinem Verhältnis zur Vermehrung der Zweiten Kammer stehende Vermehrung der Mitglieder der Ersten Kammer und die gleichzeitige Gewährung des partiellen Budgetrechts an die Erste Kammer sind entscheidende Hindernisse der Verfassungsreform, wenn die beiden großen Parteien des Landtags — Nationalliberalen und Zentrum — auf ihren bisher vertretenen Prinzipien bestehen bleiben. Auch die Bestimmungen über die Einführung der sogenannten relativen Wahl im zweiten Wahlgang, falls im ersten Wahlgang keine absolute Majorität für einen Kandidaten erzielt wurde, sehen sich wesentlich anders an, als es im Anfang den Anschein hatte. Es sollen in diesem Fall nicht nochmals sämtliche Kandidaten des ersten Wahlganges zum zweiten zugelassen werden, wie es z. B. in Frankreich der Fall ist, sondern nur die beiden Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben. Wenn sich aber nur zwei Kandidaten, auf die gültige Stimmen abgegeben werden können, gegenüber stehen, so ist nicht recht verständlich, wie die Wahlmänner im Ministerium des Innern hier von einem Wahlverfahren mit relativer Stimmenmehrheit sprechen können. Wenn sich nur zwei Kandidaten gegenüber stehen können, muß doch einer von diesen die absolute Mehrheit bekommen — den Fall der Stimmengleichheit ausgeschlossen. . . . Wenn die „Frankfurter Zeitung“ sich im ersten Augenblick dafür (für den Regierungsentwurf) erwärmte, so tat sie das einmal, weil sie die Vorlage auch nur unvollkommen kannte und weil im Verhältnis zu dem absehbaren preussischen Landtagswahlrecht die Vorschläge Minister Schenkels ihr immerhin noch golden erscheinen mußten. Wir in Baden aber wollen, wenn es an eine Aenderung des Wahlrechts gehen soll, dafür etwas ganz gutes austauschen, oder wir warten noch. Aufschweh, durch das unser Wahlrecht mehr verschlechtert, als verbessert wird, brauchen wir aber auf keinen Fall in den Kauf zu nehmen.

Darauf antwortet die „Frankfurter Zeitung“: Eine Grundlage, auf der verhandelt werden kann, ist die Regierungsvorlage nach unserer Ansicht allerdings, und wir würden es bedauern, wenn die Parteien, unsere völkerverständlichen Freunde eingeschlossen, sich auf einen von vornherein gänzlich negierenden Standpunkt stellen würden. Die beiden großen Parteien der Nationalliberalen und des Zentrums tun das auch nicht; sie werden versuchen, die ihnen bedenklich erscheinenden Bestimmungen des Entwurfs zu verbessern, und wir meinen, daß dieser Standpunkt ein weit richtigerer ist, als der einer kurzen Ablehnung. Selbst die vernünftigeren Elemente der Sozialdemokratie scheinen geneigt, im positiven Sinne bei dem Reformversuch mitzuwirken; wenigstens läßt das Verhalten ihres Mannheimer Organs, das sich bei weitem nicht so aufgeregt gebärdet, als das Karlsruher sozialdemokratische Blatt, die Neigung vermuten, zunächst einmal eine Verbesserung des Entwurfs zu versuchen und erst bei mangelndem Entgegenkommen der Regierung die weiteren Entschlüsse zu fassen. Das ist auch unser Standpunkt, und wer unsere Ausführungen zu dem Entwurf einigermaßen aufmerksam gelesen hat, wird aus ihnen wohl herausgefunden haben, daß wir an den Regierungsvorschlägen mangelnde auszufüllen haben und gar nicht daran denken, uns dafür „zu erwärmen, daß die Vertreter des badischen Volkes die Wahlreform nach dem Rezept der Regierung schließen“. Wer das, wie der uns befreundete „Badische Landesbote“, behaupten will, der hat unsere Artikel entweder nicht gelesen, oder er hat sie nicht verstanden. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch wahrnehmen, uns etwas zu unterstellen, was wir mit keinem Wort ausgesprochen haben, und wir müssen höflichst

(Mit zwei Beilagen.)

darum bitten, uns die Worte nicht im Munde zu verdrehen. Wir haben den Entwurf der Regierung begrüßt, weil er uns geeignet erschien, als Grundlage für eine durch Entgegenkommen von hüten und drüben zu erzielende Vereinbarung zu dienen, es ist uns aber nicht im Traum eingefallen, ihn unbedenken zu akzeptieren. Es steht selbstverständlich bei unseren badischen Freunden, unserem Standpunkt beizutreten oder ihn zu verwerfen; wir haben ihnen für ihre Haltung ebensowenig Vorschriften zu machen, als wir uns unser Verhalten vorzeichnen lassen. Die Loyalität aber wollen wir doch auch bei wirklichen oder eingebildeten Meinungsverschiedenheiten wahren. Wenn des weitern der „Badische Landesbote“ glaubt, unsere Auslassungen vom Donnerstag der vergangenen Woche gleichsam entschuldigend zu müssen, so sind wir nicht in der Lage, von seiner Güte Gebrauch zu machen. Abgesehen von dem auch von uns nur mit Einschränkung geäußerten Annahme der Mangellosigkeit für die Wahl zur Zweiten Kammer, die durch unsere Bemerkungen vom Freitag der verflochtenen Woche bereits erledigt ist, haben wir von unserem Urteil auch nicht ein Wort zurückzunehmen, und auch die Anpassung des „Badischen Landesboten“ bringt uns zu keiner anderen Ueberzeugung.

Man darf der weiteren Entwicklung dieses Bruderkampfes im demokratischen Lager mit Interesse entgegensehen, denn es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Äußerungen des „Badischen Landesboten“ den Anschauungen der badischen Kammerfraktion entsprechen. Ganz verfehlt ist, was der „Landesbote“ über den in Aussicht genommenen Wahlmodus im zweiten Wahlgang und die dabei vorgesehene „relative“ Mehrheit sagt. Zur Zeit gilt für die bei den Urwahlen stattfindende Bezeichnung der Wahlmänner nach § 46 der Landtagswahlordnung die Vorschrift, daß derjenige als Wahlmann gewählt ist, welcher die meisten Stimmen erhalten hat (relative Stimmenmehrheit), daß somit Stichwahlen ausgeschlossen sind. Bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner entscheidet dagegen nach § 67 ff. der Landtagswahlordnung grundsätzlich die absolute Mehrheit der Abstimmenden und zwar auch bei der mangels einer solchen absoluten Mehrheit anzunehmenden zweiten Abstimmung, bei der nur unter den drei Kandidaten gewählt werden darf, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben; war auch diese zweite Abstimmung ergebnislos, so entscheidet bei der dritten Abstimmung — bei der nur unter den zwei Kandidaten gewählt wird, welche bei der zweiten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben — die relative Mehrheit (§ 68 Abs. 2 Landtagswahlordnung). Auch nach dem Reichstagswahlgesetz vom 31. Mai 1869 gilt der Grundsatz der absoluten Stimmenmehrheit (§ 12); und es ist zur Herbeiführung einer solchen Mehrheit vorgeschrieben, daß bei der Stichwahl nur unter den zwei Kandidaten zu wählen ist, welche die meisten Stimmen erhalten hatten. Zureichende Gründe, das im Reich und auch in den meisten deutschen Bundesstaaten maßgebende System der absoluten Mehrheit zu verlassen, dürften — wenigstens soweit der erste Wahlgang in Frage kommt — nicht vorliegen. Dieses System wird den derzeitigen Parteiverhältnissen, der Tatsache, daß in vielen Wahlbezirken mehr als zwei Parteien, zuweilen bis zu fünf um das Mandat kämpfen, am besten Rücksicht tragen. Unter einem Wahlsystem, welches zu einem gültigen Ausfall des ersten Wahlganges die Vereinigung von mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen auf einen Kandidaten verlangt, können es die mehreren Parteien wagen, zunächst ihre Kräfte in der Weise zu messen, daß jede für ihren Parteikandidaten die Stimme abgibt; hat keine Partei für ihren Kandidaten die absolute Mehrheit gefunden, dann bietet die im ersten Wahlgang vorgenommene Kraftmessung einen sicheren Boden, auf dem die sich näher stehenden Parteien eine Verständigung über das Zusammengehen in der Stichwahl erzielen können. Würde man dagegen, wie dies zur Vermeidung der Nachteile des mit dem System der Stichwahlen verbundenen Eingriffs in die Wahlfreiheit schon da und dort vorgeschlagen wurde, schon im ersten Wahlgang die relative Stimmenmehrheit entscheiden lassen, so sind überall da, wo mehrere Parteien mit ansehnlicher, aber nicht überwiegender Anhängerschaft im Wahlbezirk vorhanden sind, die Parteien von vornherein, und zwar auf der unsicheren Grundlage bloßer Schätzung ihres Stärkeverhältnisses, auf die Herbeiführung von Wahlbündnissen unter einander angewiesen. Der Einblick in das wirkliche Stärkeverhältnis der Parteien und bei einem Teil der Wählererschaft auch das rege Interesse am Wahlkampf würde durch diese schon im ersten Wahlgang auftauchenden Wahlbündnisse getrübt, während doch die Regierung wie sämtliche Gruppen der Bevölkerung ein Interesse daran haben, daß über diese

Verhältnisse Klarheit besteht und die Teilnahme an der Wahl rege gehalten wird. Anders verhält es sich dagegen bei dem zweiten Wahlgang. Nach den bei den Reichstagswahlen gemachten Erfahrungen scheinen in der Tat überwiegende Gründe dafür zu sprechen, die dort zur Herbeiführung einer absoluten Mehrheit vorgeschriebene Einschränkung der Wahl auf die beiden Kandidaten, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten hatten, fallen zu lassen und sich mit der relativen Mehrheit zu begnügen. Wenn der seit herige Zwang, zwischen zwei oder drei bestimmten Kandidaten zu wählen, wegfällt, wird die Einigung der sich näher stehenden Parteien, die dann einen neuen gemeinsamen Kandidaten aufstellen können, unter Umständen in wünschenswerter Weise erleichtert sein. Demgemäß schlägt der Regierungsentwurf vor, im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit und im zweiten Wahlgang die relative Stimmenmehrheit entscheiden zu lassen. — Die Ausstellungen des „Badischen Landesboten“ sind daher hinfällig.

Die Sächsischen Staatsbahnen.

⊙ Dresden, 18. Dezember.

Der Jahresbericht über das Ertragnis der Sächsischen Staatsbahnen im Jahre 1902 ist soeben ausgegeben worden. Obgleich die Einnahmen um 2 016 770 M. (aus dem Personenverkehr um 663 754 M., aus dem Güterverkehr um 1 352 916 M.) höher sind, bleiben doch die Gesamteinnahmen des Jahres 1902 noch um 2 610 641 Mark hinter 1901 zurück, infolge einer Abminderung der Einnahmen aus anderen Quellen um 4 627 311 M. Mehreinnahmen ergaben der preussisch-sächsisch-bayerische Verkehr (105 600 M.), der sächsisch-bayerische Verkehr (62 400 M.), der nordwestdeutsch-niederländisch-österreichische Verkehr (57 800 M.), der sächsisch-österreichische und norddeutsch-österreichische Verkehr über Letzchen (55 800 M.), der deutsch-österreichisch-ungarisch-rumänische Verkehr über Bodenbach (41 800 M.), der ostdeutsch-österreichische Verkehr (30 600 M.), der Verkehr mit den österreichischen Staatsbahnen (23 800 Mark), der thüringisch-sächsische Verkehr (23 700 M.). Der Güterverkehr ergab Mehreinnahmen im Binnenverkehr mit 791 917 M., im Verkehr mit fremden Bahnen 753 304 M.; der Güterverkehr im Durchgange über Sachsen verminderte sich um 192 305 M., insbesondere ergab der Transport böhmischer Braunkohlen eine Mindereinnahme von 500 000 M. Mehreinnahmen in anderen Verkehrsarten deckten dieses Defizit vollständig und ergaben noch ein Plus von 560 999 M. Die aus sonstigen Quellen herrührende Mindereinnahme wird wett gemacht durch eine Gesamtminderausgabe von 10 101 838 Mark, so daß im ganzen ein um 7 491 197 M. höherer Betriebsüberschuß erzielt wurde. Da aber gegen den Etatsvoranschlag die gesamten Einnahmen 2 662 703 M., die Ausgaben 8 018 564 M. weniger ergaben, so stellt sich der Betriebsüberschuß auf 5 355 861 M. Die Gesamteinnahmen betragen 1902: 129 463 297 M., die Ausgaben 93 763 366 M. (72,425 Proz. der Einnahmen), was einer Verzinsung von 3,706 Proz. auf das Anlagekapital von 980 975 900 M. entspricht.

Finanzielle Rundschau.

— Frankfurt, 18. Dezember.

Während in der Vorwoche von den zuverlässigen Anschauungen hinsichtlich der politischen Lage berichtet werden konnte, ist man plötzlich in den letzten Tagen wieder etwas nervöser geworden. Die Spannung zwischen Japan und Rußland, obwohl man daraus keine Friedensstörung befürchtet, hat auf die Börsenentwicklung doch etwas retardierend gewirkt. Das erklärt sich daraus, daß die Spekulation im Hinblick auf den nahenden Jahresabschluss und die damit im Zusammenhang stehende Geldverknüpfung ohnedies zu Günstigungen geneigt war. Die Grundtendenz blieb indessen nach wie vor eine günstige, zumal es an mancherlei freundlichen Einbrüden nicht fehlt. Vor allem ist die Wiener Börse wieder recht günstig disponiert, und sie brachte ihre optimistische Auffassung nach der Thronrede an die Delegationen und dem Exposé des Grafen Soluchowski mit erneutem Eifer zum Ausdruck. Bevorzugt waren neben Kredit-, besonders Ungarische Kredit-, Wiener Bankverein-, Länderbank- und Aktien. Auch die ungarischen Renten, die zeitweise zurückgedrängt wurden, verrieten schließlich wieder besseren Ton.

An den Westplätzen macht sich günstige Strömung für hochverzinsliche Staatsfonds bemerkbar, und das Kapital ist dafür um so laufiger, als der Status der Bank von England durchaus nicht angespannt ist, und die Befürchtung einer Diskontenerhöhung für den Rest des Jahres dahinfällt. Von Paris aus werden besonders Türken postiert, offenbar in Verbindung mit der Uebernahme einer neuen türkischen Anleihe, welche die Mittel für den Bau der ersten Strecke der Bagdadbahn liefern soll. Hauptübernehmer dieser Anleihe sind die Deutsche Bank, Banque Ottomane, Wiener Bankverein, woraus es sich erklärt, daß die Aktien dieser Institute erhöhte Beachtung finden. Großes Interesse erhält sich auch für unsere heimischen Staatsfonds, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Reichsanleihe den Emissionskurs vom Frühjahr wieder erreicht hat. Man glaubt, daß die Reform des Steuer- und Abgabengesetzes zu dem Beschluß kommen wird, zukünftig die Umfänge in heimischen Staatsfonds steuerfrei zu lassen. Dann aber gibt man der Erwägung Ausdruck, daß nach der Jahreswende große Geldflüssigkeit hervortreten wird, welche naturgemäß dem Kurs unserer heimischen Staatspapiere zusetzen können muß.

Chinesen bleiben ziemlich behauptet. Auch Mexikaner hielten sich bequem auf ihrem Preis, zumal Silber wieder etwas angezogen hat. Serben sind auf die Erörterungen der politischen Verhältnisse des Landes matt. Auch Griechen gaben anlässlich der Erörterungen der Defizitwirtschaft in den letzten Jahren etwas nach. Portugiesen blieben gut behauptet.

Unter den inländischen Banken sind Abschwächungen vorherrschend. Aber im allgemeinen muß konstatiert werden, daß das aus Realisierungen kommende Material gute Aufnahme fand. Auf etwas ermäßigtem Niveau zeigte sich für Schaaffhausensche und Dresdner Bank Kaufneigung, zumal die Westdeutsche Bank nun mit dem Schaaffhausenschen Bankverein fusioniert werden soll. Bank für industrielle Unternehmungen bröckelten stärker ab. Dagegen waren Effektenbank zu höheren Preisen begehrt.

Ueber die Zukunft der Verbandsbildungen in der Industrie wird ziemlich optimistisch gedacht. Einen Augenblick schien es, als würde die gute Hoffnungslufter der Fortmierung des Kohlenyndikats eine Schwierigkeit in den Weg legen. Aber es kann jetzt schon als sicher gelten, daß dieses Unternehmen bis zum Jahresabschluss seine Zustimmung zum Syndikat erklärt haben wird. Infolge dessen blieb der Grundton für Kohlenpapiere fest, was um so mehr natürlich erscheint, als die Absatzverhältnisse im Dezember durchaus günstig sind. Bevorzugt wurden Gelsenkirchner auf die neue Fusion mit der Besse Vereinigte Hamburg und Franziska.

Auch Sibernia auf der Erörterungen des Abschusses höher, während Harpener und Schweiger etwas niedriger notierten. Kaliverte konnten stärker anziehen, weil die Erneuerung des Syndikats mit größerer Sicherheit erwartet wird als bisher. Auch hinsichtlich des süd-deutschen Zement-Syndikats kurzieren günstige Mitteilungen, indem man für die nächsten Tage die Bildung einer gemeinsamen Verkaufsstelle erwartet. Freilich ist man im Hannoverschen dem Verbandsgedanken noch recht abgeneigt, so daß immer eine Spaltung in der Zementindustrie vorläufig noch nicht überwinden ist. Die meisten Zementwerke sind niedriger, wenn auch zum Schluß etwas festere Tendenz hervortrat. Auf Elektrizitätsaktien wirkte die Zwischenbilanz von Schudert ungünstig ein, so daß kurzfristigen Aktien zu verzeichnen sind. Unter den chemischen Fabriken waren Vereinigte Mannheim fast begehrt auf unkontrollierbare Abschlusgerichte. Erneute Festigkeit prägt sich für Maschinenfabriken aus, von denen Kleber, Gröbner und besonders Röhrenwerk Dür höher bezahlt wurden, letztere auf die Dividende von 8 Proz. Als niedriger sind Kunstseide, Wessel und Seilindustrie Wolff zu nennen.

Unter den Bahnen blieben Staatsbahn und Lombarden ziemlich behauptet. Gotthard zogen an, da die Schwierigkeiten bezüglich der Verstaatlichung beseitigt sein sollen, nach mehr italienische Bahnen, von denen besonders Meridionale für das Heimatland begehrt waren. Der günstige Novemberausweis der Pälzischen Bahnen erweckte neue Kauflust.

Schiffahrtsaktien konnten ihre letzte Steigerung nicht behaupten und wurden etwa 1 Proz. niedriger umgesetzt. Kospapiere fest. Besonders bestand Kaufneigung für Türkenlose.

Rivatdiskont: 3¹/₁₆ Proz.

Nachstehend unsere Tabelle:

	11. Dez.	18. Dez.
3 ¹ / ₁₆ Deutsche Reichsanleihe	102,30	102,35
3 ¹ / ₁₆ Preussische Konfols	91,55	91,85
3 ¹ / ₁₆ Bad. Obl. abgestempelt	102,15	102,10
3 ¹ / ₁₆ Badische Obligationen	91,55	91,90
3 ¹ / ₁₆ Bayern	100,80	101,20
3 ¹ / ₁₆ Bayern	—	91,10
4 ¹ / ₁₆ Italienische Rente	101,30	101,30
4 ¹ / ₁₆ Ungarische Goldrente	91,40	91,30
4 ¹ / ₁₆ Ungarische Kronenrente	—	103,75
5 ¹ / ₁₆ amort. Silber-Mexikaner	100,65	100,70
5 ¹ / ₁₆ Gold-Mexikaner	99,70	99,25
Deutsche Reichsanleihe	41,85	41,95
Deutsche Reichsanleihe	101,40	101,20
Deutsche Reichsanleihe	218,10	217,—
Deutsche Reichsanleihe	199,80	198,90
Deutsche Reichsanleihe	147,—	146,—
Deutsche Reichsanleihe	17,75	17,45
Deutsche Reichsanleihe	189,50	190,50
Deutsche Reichsanleihe	240,75	240,—
Deutsche Reichsanleihe	190,20	191,50
Deutsche Reichsanleihe	216,30	217,70
Deutsche Reichsanleihe	205,80	204,50
Deutsche Reichsanleihe	215,25	214,50
Deutsche Reichsanleihe	453,80	459,80
Deutsche Reichsanleihe	141,40	142,60

Großherzogtum Baden.

⊙ Karlsruhe, 19. Dezember.

Heute vormittag empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Finanzminister Dr. Buchenberger zur Vortragserstattung. Um 12 Uhr erteilte Seine Königliche Hoheit eine Abordnung des Evangelischen Kirchen-gemeinderats Karlsruhe-Mühlburg, bestehend aus dem Stadtpfarrer und Defan Ebert, dem Oberschloßhauptmann Freiherrn von Seldeneck und dem Kirchenältesten Karcker, eine Audienz. Die Abordnung überbrachte die Einladung an die höchsten Herrschaften zu der am Sonntag, den 27. d. M. stattfindenden Einweihung der Karl Friedrich-Gedächtniskirche in Karlsruhe-Mühlburg. Danach meldete sich der Intendanturrat Geuser, zur Intendantur des 9. Armeekorps versetzt, bisher Vorstand der Intendantur der 39. Division.

Gegen 1 Uhr traf Seine Durchlaucht Prinz Alexander von Sayn-Wittgenstein-Sayn aus Straßburg hier ein, stieg im Großherzoglichen Schlosse ab und nahm an der Frühstückstafel teil. Der Prinz weilte in Straßburg und studiert an der dortigen Universität Rechts- und Staatswissenschaft; derselbe wird die Ferienzeit bei seiner Großmutter in Lausanne zubringen.

Heute nachmittag erhielten die höchsten Herrschaften den Besuch seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Max, Höchstwelder sich vor der Abreise nach Gmunden verabschiedete. Später hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

(Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden.) Nach dem Rechenschaftsbericht über die Wirkfamkeit der Kaiser Wilhelm-Stiftung in den Jahren 1901 und 1902 sind aus dem Zentralfonds in diesen Jahren im ganzen 141 251 M. an Unterstützungen bezahlt worden. Das Vermögen des Zentralfonds belief sich Ende 1902 auf 507 630 M. Die Vermögensverhältnisse der Einzelvereine zeigen eine auffällige Verschärfen-

heit. Beispielsweise ist das Vermögen des Zweigvereins Westpreußen mit 4126 M., Bommern mit 24 169 M., Posen mit 1882 M., Schlesien mit 74 973 M., Westfalen mit 115 721 M., Rheinland mit 153 485 M., Hohenzollern mit 18 M. verzeichnet. Den größten Vermögensbestand weist der badische Zweigverein auf mit 592 264,93 M., es folgt Württemberg mit 268 355,51 M., Hamburg mit 247 521,95 M., Königreich Sachsen mit 202 633,19 M., Bayern mit 198 407,71 M. Seit dem Bestehen der Kaiser Wilhelm-Stiftung wurden schon 20 689 639,53 M. aus derselben an Deutsche Invaliden verteilt.

(Kunstfest.) Von Hans Schilling-Ziemsen ist an einem der von Bernhard Stadenhagen ins Leben gerufenen „modernen Abenden“ „Einiges Licht“ (Müder) zur Aufführung gelangt. Die „M. N. N.“ schrieben darüber, daß es den gleichen frischen und großzügigen Eindruck, wie bei der Basler Tonkünstlerversammlung gemacht habe. Das Werk wurde vom Komponisten selbst dirigiert und zwar so, daß das genannte Blatt ihm nachdrückt, er vereinige eine ausgeprobenere Dirigentenbegabung mit Geschick und Gewandtheit in bemerkenswerter Weise.

(„Badische Kunst“.) Wir weisen nochmals auf die Veröffentlichung der Vereinigung zur Pflege heimischer Kunst „Badische Kunst“ hin. Eine Befragung des Buches, das vielen für den Weihnachtstisch willkommen sein wird, mußten wir wegen Raumangel zurückstellen.

(Die Sitzungen des Schwurgerichts) für das erste Quartal 1904 beginnen Montag, den 18. Januar, vormittags 9 Uhr. Zum Vorsitzenden ist Landgerichtsdirektor Dr. Eller, zu dessen Stellvertreter Landgerichtsrat Schenk ernannt worden.

(Sitzung der Strafkammer III vom 14. Dezember.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Meißner. — Die Verhandlung der heute zur Verhandlung stehenden Fälle waren Verurteilungen. In denselben ergingen folgende Urteile: Karoline Eil geb. Schelinger aus Mengingen, wohnhaft in Affingen, wegen Verleumdung 10 M. Geldstrafe; Annet Anton Hausbach aus Königheim wegen Körperverletzung 2 Monate Gefängnis; Tapzier Julius Schneyer aus Baden wegen Verleumdung 3 Wochen Gefängnis; Landwirt Albert August Friedrich Kleiber aus Durlach wegen Verleumdung 5 Tage Gefängnis. — Der Metzger Friedrich Johann Kohler aus Freudenstadt und der Metzger Jakob Reinhardt aus Pfalzgrafenweiler wurden wegen Betrugs zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 15. Dezember. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Eller. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm. — Der Metzger August Weiröthler aus Heidelberg, ein vielfach betrafter Dieb, der am 3. November aus der Wohnung seines Dienstherrn, des Landwirts Kasch in Forzheim, einen Geldbeutel mit 1 M. Inhalt und einen Ring im Werte von 9 Mark entwendete, wurde unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft mit 1 Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust bestraft. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit kamen zwei Anklagesachen zur Verhandlung; es wurden folgende Urteile erlassen: Bernhard Friedrich Johann Zopf aus Forzheim wegen Zuhälterei 4 Monate und 1 Woche Gefängnis, abzüglich der seit 5. November verbüßten Haft; Wajourier Jakob Schabale aus Forzheim wegen Stillschleichenverbrechens 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Ein Verstoß gegen den § 82b des Krankenversicherungsgesetzes brachte den Metzger Jakob Mönner aus Wörzingen auf die Anklagebank. Er wurde zu einer Geldstrafe von 15 M. verurteilt.

(Aus dem Polizeibericht.) Am 13. d. M. kam in einem Gasthaus in der Steinstraße ein Leberzieher, in dessen Taschen silberne Uhrketten, Ringe, Arabienbuben, ein silbernes Armband und eine neue Nadelnähmaschine, im Gesamtwerte von 60 M., abhandelt. — In der Technischen Hochschule wurde am 15. d. M. wiederum ein Leberzieher im Werte von 40 M. gestohlen. — Gestern abend wurde ein Ladentassendieb in der Kreuzstraße, wo er die Kasse mit 93 M. schon in den Händen hatte, auf frischer Tat erwischt und von der Polizei verhaftet. In dem Festgenommenen wurde ein 42 Jahre alter verheirateter Schuhmacher von hier erkannt, der schon mehrere Strafen wegen Kassenhebenverbrechen verübt hatte. — Gestern abend 7 Uhr schaute in der Kaiserstraße zwischen Wendi- und Blücherstraße die Pferde eines in Mühlburg wohnhaften Droschkenhalters vor einem elektrischen Straßenbahnwagen und gingen durch. Der das Fuhrwerk leitende Dienstmacht stürzte dabei vom Wagen, wobei ihm die Räder über die linke Hand gingen. Der Verletzte wurde nach Anlegung eines Notverbandes in das städt. Krankenhaus verbracht, wo der Arzt eine starke Muskelzerrung konstatierte.

Mannheim, 19. Dez. Ueber die Beisehung des Redakteurs Paul Feige, die gestern nachmittag 3 Uhr unter zahlreicher Teilnahme stattfand, berichtet die „Neue Bad. Landeszeitung“: Unter den Leidtragenden bemerkten wir Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Ehrenbach, Freiburg als Vertreter der Zentrumsfraktion des badischen Landtags. Ferner war der Karlsruher Journalisten- und Schriftstellerverein durch seinen Vorsitzenden, Herrn Chefredakteur Julius Kasch, vertreten. Von hier waren erschienen Abordnungen des Männervereins Zentrum, des Journalisten- und Schriftstellervereins, des katholischen Arbeitervereins (dieser mit der Fahne) und andere katholische Vereine. Fast vollständig bestand sich unter der Trauerversammlung die katholische Geistlichkeit von hier und der Nachbarstadt. Nach Verlesung des Sarges nahm hier der antierende Geistliche die übliche kirchliche Handlung vor. Als dieselbe beendigt war, trat Herr Landtagsabgeordneter, Landgerichtsdirektor Siegfrieder an das Grab, um dem Verstorbenen einen von empfangenen Nachruf zu widmen, in welchem er die öffentliche Wirksamkeit desselben in kurzen Zügen geübend beleuchtete. Herr Siegfrieder legte zum Schluß einen Kranz namens des Augustinusvereins (Verband katholischer Verleger und Redakteure) nieder. Namens des Mannheimer Journalisten- und Schriftstellervereins sprach, unter Niederlegung eines Kranzes mit Widmungschleife, der erste Vorsitzende desselben, Herr Chefredakteur Dr. Harms. Neben den Blumenpenden des Verlags und der Redaktion, sowie des Bureau- und Druckerpersonal des „Neuen Mannheimer Volksblatts“, wurde auch von Vertretern befreundeter Zeitungen, von Kollegen und Freunden Kranze am Grabe niedergelegt.

Heidelberg, 18. Dez. Nach dem letzten städtischen Rechnungsbuch für 1902 beträgt das Reinerlögen der Gemeinde Heidelberg etwa 12 868 000 M. — Der Gebührensverein, der sich durch seine Mäßigkeit auszeichnet, hat am Mittwoch den fähigen, aber vorzüglich gelungenen Versuch gemacht, Christopfer Karlowes „Fahrt“ zur Aufführung zu bringen. Die vorzügliche, im historischen Stil gehaltene Darstellung fand reichen Beifall.

Heidelberg, 15. Dez. Die städtischen Rechnungen für das Jahr 1902 ergaben gegenüber dem Voranschlag ein erhebliches Plus. Die Mehreinnahmen beziffern sich auf 262 000 M., wovon 53 000 M. allerdings noch nicht eingegangen sind; die Mehrausgaben belaufen sich auf 74 000 M., sodas das Budget sich um 198 000 M. bezw. 135 000 M. besser stellt, als vorgeesehen war. Das Gaswerk hat 25 000 M., das Wasserwerk 20 000 M., das Elektrizitätswerk 10 000 M., das Schlachthaus 3000 M. mehr gebracht, als angenommen war. Ein be-

Asiatisches. (Telegramme.)

London, 19. Dez. Der „Standard“ meldet aus Tokio: Man glaubt, daß Rußland in seiner Antwort die Hauptpunkte der japanischen Forderungen dem Weisen nach ablehnt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

SRK. Berlin, 18. Dez. Ueber den Stand der preussischen Kanalfrage sind Angaben verbreitet worden, die nicht als autorisiert angesehen werden können.

München, 19. Dez. Seine Majestät der König von Dänemark und Prinz Waldemar sind heute vormittag nach Gmunden weitergereist.

Paris, 18. Dez. Der Deputiertenkammer ging heute der Entwurf des Gesetzes, das den Ordensmitgliedern die Lehrtätigkeit auf allen drei Unterrichtsstufen verbietet.

Paris, 19. Dez. Die Kommission der Kammer für die auswärtigen Angelegenheiten nahm heute den Bericht des Deputierten Deloncle (Republikaner) über die Bagdadbahn entgegen.

Washington, 18. Dez. Das Repräsentantenhaus nahm heute den Gesetzentwurf über den Schutz der ausländischen für die Weltausstellung in Saint Louis bestimmten Ausstellungsgesellschaften literarischer und künstlerischer Art an.

Verschiedenes.

† Posen, 18. Dez. Ueber das Eisenbahnunglück bei Mloczow, im Gouvernement Warschau, berichten hier eingetroffene Reisende, die sich in dem Schnellzuge befanden, daß der Lokomotivführer und Heizer des Güterzuges verbrüht wurden.

† München, 19. Dez. (Telegr.) Die der letzten Hauptversammlung der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller in Aussicht gestellte Erweiterung der Anstalt durch Angliederung einer Witwen- und Waisenkasse geht nunmehr der Vollendung entgegen.

† Wien, 19. Dez. (Telegr.) Im österreichischen Throter Hochgebirge ereigneten sich große Lawinenstürze.

Literatur.

Der Verlag von A. Thieme in Stuttgart hat sich wieder mit einer neuen Auswahl zu Geschenken geeigneten Jugendschriften eingestellt. Obenan zu nennen sind die wegen ihres reichen Inhalts vielbegehrten zwei Jahrbücher: Das deutsche Knabenbuch, ein Jahrbuch der Unterhaltung, Belehrung und Beschäftigung für unsere Knaben.

Uns Vaterland. Eine Geschichte aus der Zeit der Befreiungskriege. Nach alten Familienpapieren der Jugend erzählt von S. Gr. Wolf-Baudissin.

Die bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften im Großherzogtum Baden. Zum praktischen Gebrauch zusammengestellt von Dr. G. Schlusser, weil. Großh. Ministerialrat.

Wetter am Freitag, den 18. Dezember 1903.

Hamburg, Neufahrwasser, Breslau, Reg., Chemnitz und München trüb; Münster ziemlich heiter; Evinenmünde nachts Schnee.

Das barometrische Maximum, das in den letzten Tagen über dem Nordosten Europas gelegen war, hat sich seit gestern südwärts nach dem Innern Ostlands fortbewegt.

Table with 6 columns: Date, Barom., Therm., Abf. genat., Besch. f. d. Tag, Wind, Himmel. Rows for 18, 19, 19 Dec.

Höchste Temperatur: am 18. Dezember: 20; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 0.1.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 19. Dezember: 3.85 m, gefallen 9 cm

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.

C. Reinholdt Sohn, Hofuhrmacher, Inh. H. Koch, Karlsruhe, Kaiserstrasse 179a.

C.F. Otto Müller, Permanente Kunstgewerbliche Ausstellung, der Professor Laeuger'schen Kunsttöpfereien.

Julius Strauss, Karlsruhe. En détail nunmehr im eigenen Hause Kaiserstrasse 189.

Kunstgewerbe-Magazin von F. Mayer & Co., Hoflieferanten Karlsruhe Rondelplatz.

Liberty-Seide und Mousseline, vorrätig in grosser Auswahl, Vermittlung sämtlicher Liberty-Spezialitäten.

Der Kaiser in Hannover.

(Telegramme.)

Hannover, 19. Dez. Gestern nachmittag ist bereits Geh. v. Lucas hier eingetroffen, ebenso Kriegsminister Heinemann.

Hannover, 19. Dez. Seine Majestät der Kaiser mit Gefolge gestern abend hier eingetroffen.

Hannover, 19. Dez. Heute vormittag 10 Uhr wurden die Lorbeer geschmückten Feldzeichen, der heute ihr hundertjähriges Jubiläum feiernden Regimenter, das Königs-Manen-Regiment, das Artillerie-Regiment Prinz Albrecht von Preußen Nr. 73 und des Artillerie-Regiments Scharnhorst Nr. 10, mit Ehrentrompeten nach dem Platz vor der Garnisonkirche gebracht.

Die Fahnen wurden nach dem Kaiser in die Kirche gebracht und fanden zu beiden Seiten des Altars aufgestellt. Um 10 Uhr 35 Min. begann der Festgottesdienst, an dem die alten hannoverschen, die ehemaligen und die jetzigen Mannschaften der drei Regimenter, ferner die Generalität, die direkten Vorgesetzten und die Herren der Umgebung Seiner Majestät teilnahmen.

† Posen, 18. Dez. Ueber das Eisenbahnunglück bei Mloczow, im Gouvernement Warschau, berichten hier eingetroffene Reisende, die sich in dem Schnellzuge befanden, daß der Lokomotivführer und Heizer des Güterzuges verbrüht wurden.

Rudolf Wieser

Kaiserstrasse 153

Telephon 1702

bietet in



Herrn- u. Damen-
Westen



Unterhosen



Frikot-Blenden



Schürzen

Strümpfen, Socken

stets reichhaltiges Lager bei vorteilhaftesten realen Preisen.

***** Weihnachts-Einkäufe mit 5% Rabatt. *****

Statt jeder besonderen Anzeige.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere gute, treubesorgte Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter und Tante, Frau

Natalie Holder Wwe.

geb. Rheinboldt

heute nacht 1/2 2 Uhr, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, in ihrem 89. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Wir bitten um frommes Angedenken.

Rastatt u. Karlsruhe, den 19. Dezember 1903.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Dr. Alfred Holder,

Grossh. Hofrat u. Bibliothekar.

728

Statt besonderer Anzeige.

Schmerz erfüllt geben wir die traurige Nachricht, dass unser lieber unvergesslicher Gatte, Vater, Schwager und Onkel

Julius Rettinger

Grossh. Geh. Finanzrat

unerwartet rasch gestern abend 10 Uhr infolge eines Herzschlages im Alter von 53 Jahren verschieden ist.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1903.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Dezember nachmittags 1/2 3 Uhr statt.

727

Kassenschranke

feuer- und diebstahlsicher, neuester und bester Konstruktion, in jeder Grösse auf Lager, empfiehlt zu billigsten Preisen

Wilhelm Schindler, Kassenschrankfabrik, Karlsruhe.

1a Referenzen von Banken, Zahlämtern, Gemeinden und Privaten gerne zu Diensten.

762

Trauerfalles wegen

bleiben meine beiden Geschäfte Lederhandlung und Bankgeschäft Sonntag, 20. Dezember geschlossen.

Hochachtend

Ludwig Götz

Firma: Carl Götz, Hebelstrasse 11/15.

H. Maurer, Karlsruhe

Telephon 1653. Friedrichsplatz 5 Gegründet 1879.

Piano- und Harmonium-Magazin

empfeht als alleiniger Vertreter die von Künstlern und Kapazitäten bevorzugten erstklassigen

Flügel und Pianos

von Berdux, Feurich, Rönisch, Schiedmayer.

Sehr preiswürdige Fabrikate in mittleren und billigen Preislagen ausgezeichnet durch technische Vollendung, Solidität und Tonschönheit von:

Ackermann, Francke, Rosenkranz, Seiler.

Harmoniums erste deutsche und amerikanische Marken.

PHONOLA

pneumatischer Klavierspielapparat von L. Hupfeld, Leipzig

Umtausch gespielter Instrumente. Günstige Bedingungen.

Volle Garantie für sorgfältigste Ausführung aller Aufträge und für mässige, feste Preise.

241

Eugen Klingele

Karlsruhe, Erbprinzenstr. 26.

Uhren, Gold- und Silberwaren.

Spezialität: D'931.5

Goldene und silberne Präzisionsuhren, Chronographen, Repetieruhren etc. Massiv goldene Trauringe nach Feingehalt gestempelt. Bestecke: Echt Silber zum Tagespreis. Christoffel-Fabrikat zu Fabrikpreisen.

Aufträge nach Auswärts portofrei.

H. Rappke, Uhrmacher,

Kaiserstrasse 215 — Eingang Karlsrufer

empfeht zu

passenden Weihnachtsgeschenken

sein großes Lager in

goldenen und silbernen Taschenuhren,

Regulatoren, Stand- und Wanduhren,

Ketten und Ringe in allen Sorten

zu außergewöhnlich billigen Preisen. 7310.3

Zwei Jahre Garantie!



Josef Beyer

Hofschuhmacher

Karlsruhe Herrenstrasse 2

Anfertigung von 2239.10

Salon-Tanzschuhen.

Kohlen v. d. Ruhr, Saar von Belgien und England
Anthracit,

spec. a. für Kraftgasanlagen Anthracitbrikets ohne Pechbindemittel, Meiler- und Retorten-Holzkohlen, Gascoaks und Coaks für Zentralheizungen, Brikets von Stein-, Braunkohle und Torf. Gesundheits-Bügelbrikets (50 Kilo Mk 10.50), Brennholz aller Art empfehlen

Gehres & Schmidt, Karlsruhe

Generalvertrieb d. Anthracitkohlen

„Oranje Nassau“ für Süddeutschland

Auf Anwaltsbureau zur Ausübung

Referendär

gesucht zum Eintritt auf 1. I. 1904 für die Dauer von 6 Monaten. Offerten unter Nr. 724 an die Exped. d. Bl.

Die Baupläne

auf der Breitweisse, Gemarkung Singen, 12 Stück mit 298-569 qm Flächeninhalt, werden am

Donnerstag den 7. Januar 1904,

vormittags 10 1/2 Uhr,

auf dem Rathhause in Singen von

Grossh. Domänenamt Karlsruhe im

Eigentum versteigert. Die Nachbarn

haben Anrecht an der Bauplan-

Abgabe des Bauplans werden be-

selbst und bei Güterauflöser De n u l g

in Singen gegen Entrichtung einer

Gebühr von 40 Pf. das Stück ab-

gegeben.

Bekanntmachung.

Nachdem die Beschlüsse der General-

versammlung unserer Gesellschaft vom

7. November 1903 eingetragen und be-

tr in unserem Besitze gewesenen Anteil-

scheine der Gesellschaft für Straßen-

bahnbedarf m. b. H. in Berlin in

andere Hände übergegangen sind

eröffnen wir hiermit den Aktionären

unserer Gesellschaft, wie dieses auch in

der obgenannten Generalversamm-

lung bereits geschehen ist, daß es in

ihrem Belieben steht, sich fernere

an der Gesellschaft für Straßenbahn-

bedarf m. b. H. in Berlin gegen Be-

gabe von Aktien unserer Gesellschaft

pro rata zu beteiligen und nehmen

wir hierfür Meldungen mit gleich-

zeitiger Angabe des Betrages bis zum

28. Dezember 1903 einschließen-

eingegen.

Gaggenau, 18. Dezember 1903.

Eisenwerke Gaggenau

Aktiengesellschaft

Steinfel. Stiller.

Schreibgehilfenstelle.

Bei dem unterzeichneten Notar

ist die Schreibgehilfenstelle mit einer

Jahresvergütung von 600 Mk. sofort

zu besetzen. 7.656.11

Bewerber wollen sich unter Vorlage

von Zeugnissen melden.

Inzipienten erhalten den Vorkurs.

Zhingen, den 16. Dez. 1903.

Grossh. Notariat:

Fern.

Grossh. Bad. Staats-

Eisenbahnen.

Für das Elektrizitätswerk Offen-

burg ist die Lieferung und betriebs-

fertige Aufstellung einer mechanischen

Kohlen- und Aschenförderanlage im

öffentlichen Wettbewerbe zu vergeben.

Die Vergabungsunterlagen (Pläne

und Bedingungen) werden auf schrift-

liches Anverlangen bei unten genannter

Stelle, so lange der Vorrat reicht,

gegen vorherige Einzahlung von 1.800

Mark verpfändet. 7.572.3.2

Die Angebote sind mit der Auf-

schrift „Vergabung der Kohlen- und

Aschenförderung“ versehen verschlossen

und portofrei bis zum 15. Januar

1904 abzuliefern. Die Eröffnung

derselben erfolgt am 16. Januar

morgens 11 Uhr, in meinem Geschäfts-

zimmer — Volkstrasse 32. —

Offenburg, den 9. Dezember 1903.

Der Grossh. Maschineninspektor.

Festgeschenke

Photogr. Apparate

bei

Hoerth

Kaiserstr. 164. Telephon 1274.